



Münster, 06.06.2023

Die Zuständigkeiten zwischen Rat und BVen abgrenzen

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Rechtsgutachten einzuholen, mit dem die den Bezirksvertretungen nach der Gemeindeordnung NRW zugewiesenen rechtlichen Zuständigkeiten und Kompetenzen in Abgrenzung zu den Zuständigkeiten und Kompetenzen des Rates, des Oberbürgermeisters und den Geschäften der laufenden Verwaltung dargelegt werden. Dieses Gutachten ist dem Rat zur Beratung vorzulegen und gegebenenfalls eine Anpassung der GO vorzuschlagen.

Begründung:

Nach § 37 der Gemeindeordnung NRW ist den Bezirksvertretungen eine Allzuständigkeit für Entscheidungen in bezirklichen Angelegenheiten gesetzlich zugewiesen worden, die lediglich durch abweichende gesetzliche Regelungen begrenzt wird - zu nennen sind hier die Zuständigkeitsregelungen des § 41 Abs. 1 GO NRW für den Rat sowie die speziellen Kompetenzregelungen für den Oberbürgermeister (§ 61 GO NRW) und die sog. Geschäfte der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 / § 37 Abs. 1 letzter Satz GO NRW).

In der kommunalen Wirklichkeit ist diese vom Gesetzgeber ausdrücklich gewollte Zuordnung allerdings nicht immer in ausreichendem Maße im Bewusstsein der handelnden Akteur*innen verankert und wird aus den Bezirksvertretungen zunehmend kritisch angemerkt. Aus diesem Grunde erscheint es hilfreich, die grundsätzlich vom Gesetzgeber gezogenen Zuständigkeits- und Kompetenzlinien durch eine unabhängige Begutachtung aufzuzeigen.

gez.

Sylvia Rietenberg
Christoph Kattentidt
und Fraktion

Lia Kirsch
und Fraktion

Helene Goldbeck
Martin Grewer